

**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpreise@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpreise@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)  
[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

13.01.2016

Pressemitteilung Nr. 17/695

## **Brunotte: SPD will Resozialisierung für Haftentlassene weiter verbessern**

Die SPD-Landtagsfraktion will die Resozialisierung für haftentlassene Straffällige weiter verbessern: „Entlassene Straffällige sind morgen wieder unsere Nachbarn. Deshalb ist es wichtig, sie auf dem Weg nach der Haft ins normale Leben so zu begleiten, dass sie auch gute Nachbarn werden“, sagt dazu Marco Brunotte, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Justizvollzug und Straffälligenhilfe.

Dazu, so Brunotte, brauche man vor allem eine möglichst einheitliche und durchgängige Betreuung der Straffälligen, vor und nach der Entlassung aus der Haft: „Was einen Neuanfang in vielen Fällen erschwert, ist die Tatsache, dass Straffällige auf dem Weg ins normale Leben oftmals auch hoch verschuldet oder drogenabhängig sind, keinen festen Wohnsitz und keinen Arbeitsplatz haben. Und vor allem fehlen ihnen tragfähige und belastbare soziale Beziehungen.“

Resozialisierung sei ein wechselhafter Prozess zwischen der Gesellschaft und den Tätern. „Wir wollen – immer mit dem ausdrücklichen Blick auch auf die berechtigten Sicherheitsinteressen von Opfern und Gesellschaft – vollzugslockernde Maßnahmen und den offenen Vollzug als Instrument stärker nutzen. Es ist erwie-

sen, dass man damit eine bessere und erfolgreiche Eingliederung nach der Haftentlassung vorbereiten kann“, betont der SPD-Justizvollzugs-Experte.

So soll es möglich sein, kurze Freiheitsstrafen durch resozialisierende Sanktionsformen wie Ersatzfreiheitsstrafen im offenen Vollzug zu ersetzen. „Ich freue mich, dass wir mit dieser Parlamentsinitiative fraktionsübergreifend einen neuen Umgang mit Resozialisierung von Straffälligen vorbereiten. CDU, FDP und die Rot-Grüne Regierungskoalition sind sich mit diesem gemeinsamen Entschließungsantrag einig, dass wir in Zukunft in Niedersachsen ein Gesamtkonzept brauchen, um eine effektivere Resozialisierung schaffen zu können“, macht der SPD-Sprecher für Justizvollzug und Straffälligenhilfe deutlich.